

## 21. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Verehrte Teilnehmer des Bundeskongresses,

der Verband Heimatverdrängtes Landvolk e.V. - kurz HvL<sup>1</sup> - vertritt bundesweit die Opfer von Vertreibung, Verfolgung, Vermögensraub, Internierung und Diskriminierung in SBZ und DDR, insbesondere in der Landwirtschaft, aber auch in Handwerk und Industrie. Das Unerträgliche, die zentrale Enttäuschung für unsere Mitglieder erklärt sich aus dem unbegreiflichen Umgang unseres wiedervereinigten, freien Deutschlands mit den Opfern: Statt das erlittene Unrecht wieder gut zu machen, bereichert sich unser Staat und sorgt zugleich dafür, dass vielfach die jahrzehntelangen Nutznießer die Profiteure bleiben - alles auf Kosten der Opfer.

### Welche Ziele verfolgen wir aktuell?

**Wir setzen uns dafür ein, dass das Schicksal der Opfer endlich Teil der öffentlichen Wahrnehmung wird:** So steht z.B. bei den Opfern der kommunistisch-stalinistischen Boden- und Wirtschaftsreform in den Jahren von 1945-49, also während der SBZ, noch immer der Eigentumsentzug im Vordergrund. Dass die Menschen mit stalinistischen Methoden verfolgt wurden, wird dagegen kaum wahrgenommen. Dabei steht bereits auf einem Propaganda-Plakat der SBZ „Rottet das Unkraut aus“!

Um hier an konkreten Orten aufzuklären, zu erinnern oder der Opfer zu gedenken, ist es unser Ziel, **Gedenk- oder Erinnerungstafeln** an ausgewählten Stellen anzubringen.

So beispielsweise in **Riesa** (Sachsen) an einer Flüchtlingsunterkunft, die das Zuhause einer vertriebenen Familie war. Hier treffen sich Geschichte und Gegenwart.

Oder etwa in **Sachsen-Anhalt** an Sammelstellen beispielsweise in Osterburg und Merseburg, von denen aus die Opfer dann weiter transportiert wurden in NKWD-Lager, aus denen viele nicht mehr zurück kehrten. Auch Delitzsch ist hier zu nennen, das allerdings seit den 50er Jahren nicht mehr zu Sachsen-Anhalt, sondern zu Sachsen gehört.

---

<sup>1</sup> Das HvL ist seit 1948 bundesweit als gemeinnütziger Verband tätig und bietet seinen Mitgliedern Aufklärung und Hilfe zu Rehabilitierungsmöglichkeiten, zu Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen sowie zu Fragen der Rückgabe des Eigentums nach der Wiedervereinigung. Darüber hinaus werden die Mitglieder beratend bei der praktischen Durchsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten begleitet. In der politischen Arbeit setzt sich das HvL für eine gerechte Lösung im Sinne der Opfer ein. Die Mitglieder werden in einem regelmäßig erscheinenden Mitteilungsblatt über die Entwicklung auf dem Gebiet der Gesetzgebung, politische Aktivitäten sowie über aktuelle gerichtliche Schritte, juristische Verfahren und deren Ergebnisse informiert.

---

#### Hauptgeschäftsstelle Salzgitter:

Am Eikel 34, 38259 Salzgitter  
Pf. 511407, 38244 Salzgitter  
Tel. 05341-38858  
Fax 05341-2458775

#### Geschäftsstelle Altmark

Rittergut Orpensdorf  
39606 Osterburg OT Orpensdorf  
Tel. 039392-81559  
Fax 039392-91450

#### Geschäftsstelle Freising

Deutlinger Str. 6  
85354 Freising  
Tel. 08161-63241  
Fax 08161-938167

E-Mail: [info@hvl-ev.de](mailto:info@hvl-ev.de) Homepage: [www.hvl-ev.de](http://www.hvl-ev.de)

Kontoverbindung: IBAN: DE20 2708 0060 0653 4600 00 BIC: DRESDEFF270

Präsidentin: Elisabeth Salomon, Geschäftsführer: Wolfgang Haars

**Wir setzen uns ein für eine umfassende Rehabilitierung und Wiedergutmachung, verbunden mit der vorurteilsfreien Aufarbeitung des erlittenen Unrechts.**

Bis heute sprechen nämlich **deutsche Gerichte so gut wie keine Rehabilitierungen für Opfer der kommunistisch-stalinistischen Boden- und Wirtschaftsreform** aus, weder verwaltungsrechtlich noch strafrechtlich.

Individuelle Klagen auf strafrechtliche Rehabilitierung werden bis zu den höchsten Gerichten negativ beschieden. Mit einer Ausnahme: Wird lediglich die moralische Rehabilitierung eingeklagt und auf materielle Wiedergutmachung ausdrücklich verzichtet, hat die Klage Erfolg. Dabei ist doch bekannt, dass Urteile sich nicht an den Konsequenzen orientieren dürfen.

Eine **Entscheidung des EGMR** (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) vom 09. Juni 2016 gibt nun aber neue Hoffnung: Deutschland wurde verurteilt, weil das Landgerichts Dresden eine mündliche Erörterung bei einem Strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren der Wirtschaftsreform ohne zwingenden Grund versagt hatte. Dieses Verfahren wird jetzt erneut aufgerollt vor dem Landgericht Dresden. Der bevollmächtigte Rechtsanwalt Dr. Johannes Wasmuth aus München konnte in der Zwischenzeit noch weitere Indizien für diesen konkreten Fall zusammengetragen, so dass große Hoffnung unsererseits besteht, dass jetzt seitens der Gerichte der Strafcharakter der Wirtschaftsreform nicht mehr negiert werden kann. Allerdings urteilen wieder die gleichen Richter wie bereits in dem vorangegangenen Verfahren vor dem Landgericht Dresden. Der Kläger, Dr. Udo Madaus, hat die **haarsträubende Handlungsweise des Landgerichts Dresden** exakt dokumentiert. Sie steht stellvertretend für zahlreiche Klagen von Opfern der kommunistisch-stalinistischen Boden- und Wirtschaftsreform, die nicht selten **ohne exakte Prüfung des vorgetragenen Sachverhalts** mit Pauschalfloskeln und Pauschalurteilen abgeschmettert werden. Die Dokumentation des Verfahrens finden Sie ausgelegt auf dem HvL-Tisch oder auf der Homepage des HvL unter folgendem Link: <http://www.hvl-ev.de/egmr-urteil-ist-rechtskraeftig>

Brisant ist übrigens, dass Gebäude der Stiftung sächsische Gedenkstätten in Dresden auf dem Grund und Boden stehen, um den es unter anderem in dieser Klage auf strafrechtliche Rehabilitierung geht. **Was die Bedeutung der mündlichen Erörterung betrifft, wird sich die Entscheidung des EGMR auch auf andere Strafrechtliche Reha-Verfahren auswirken.**

(Weitere Informationen zu dem Verfahren und dem HvL finden Sie auf dem HvL- Tisch.)

Auf ein besonderes Problem möchte ich insbesondere in diesem Rahmen hinweisen und konkret die Beauftragten ansprechen: **Große Probleme bereitet die Beschaffung von Strafurteilen bei der BStU.** Diesbezügliche Anfragen blieben bisher unbeantwortet. **Hier brauchen wir dringend Ihre Unterstützung.**

Am 16. Dezember 1992 haben **Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Boris Jelzin** die „**Gemeinsame Erklärung über die Rehabilitierung unschuldig Verfolgter**“ verfasst. Darin heißt es unter anderem: „**Den unschuldigen Opfern von Willkür und Unterdrückung muß Gerechtigkeit widerfahren**“. **Welchen Sinn hat diese Erklärung, wenn deutsche Behörden und Gerichte durch ihre Vorgehensweise eine strafrechtliche Rehabilitierung boykottieren?**

Vor uns liegt noch ein langer Weg und ich kann nur hoffen, dass es gelingt, die jetzt **bestehende Antragsfrist für Rehabilitierungsverfahren, nämlich der 31. Dezember 2019, aufzuheben.**

Orpensdorf, den 24. April 2017

gez. Elisabeth Salomon, Präsidentin des HvL